



NIEDERSCHRIFT

**2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung (Wahlperiode 2013 - 2018)
& Polizeibeirat**

Sitzungstermin:	Dienstag, 17.09.2013
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	20:05 Uhr
Sitzungsort:	Berufsfeuerwehr Lübeck, Feuerwache 1, Bornhövedstr. 10, 23554 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Frau Silke Mählenhoff - Bü90	ab 16:30 Uhr
Herr Dr. Marek Lengen - SPD	
Herr Jochen Mauritz - CDU	bis 18:15 Uhr
Frau Heidemarie Menorca - CDU	
Frau Kerstin Metzner - SPD	
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU	
Herr Frank Zahn - SPD	

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Paul Kaitschick - CDU	
Herr Hans-Jürgen Martens - LINKE	
Herr Rolf Müller - FDP	Vertretung für: Herrn Rathcke, Thomas
Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU	
Frau Ingrid Stockfisch - CDU	Vertretung für: Herrn Mauritz, Jochen ab 18:15 Uhr
Frau Erika Warnck - SPD	Vertretung für: Herrn Otte, Christoph
Herr Olaf Wegner - BfL	

Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller	Fachbereichsleitung
Frau Angela Neitzke	Fachbereichscontrolling
Herr Egbert Ohlow	3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Frau Regina Teege	3.340 - Standesamt
Herr Jörg Baeskow	3.820 - Stadtwald
Herr Oliver Bäh	3.370 - Feuerwehr
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Peter Tengler	Personalrat Feuerwehr
Herr Jens Clasen	PR Stadtwald
Herr Hans-Walter Fechtel	Verkehrsplanung
Herr Detlef Radtke	Stadtfirewehrverband
Herr Thomas Wolff	Polizei
Herr Jörg Gronau	Polizei

Gäste

Herr Bernd Raasch - Stadtverkehr Lübeck GmbH (SL)	nur im öffentlichen Teil, zu TOP 4.4.2
---	---

Sonstige Personen

Herr Werner Macziew - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil bis ca. 19:00 Uhr
Herr Klaus-Dieter Zander - Seniorenbeirat	

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Thomas Rathcke - FDP	fehlte entschuldigt
---------------------------	---------------------

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Frau Stefanie Bussat - Die PARTEI-PIRATEN	fehlte entschuldigt
Herr Christoph Otte - SPD	fehlte entschuldigt

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 20.08.2013**
- 4. Mitteilungen**
 - 4.1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
 - 4.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
 - 4.2.1. Vorstellung Bereich Feuerwehr
 - 4.2.2. Brand- und Rauchmelder in Containern
 - 4.2.3. Kontrollen auf Privatparkflächen / Abrechnung der Dienstleistung
 - 4.2.4. Eheschließungen durch Geschäftsführung/oder Vertretung des Kurbetriebs Travemünde
 - 4.3. Beantwortung von Anfragen**
 - 4.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft**
 - 4.4.1. Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Fahrradfreundliches Lübeck - Geschwindigkeitskontrolle" (Sitzung der Bürgerschaft 21. März 2013 - VO/2013/00411) Vorlage: VO/2013/00708
 - 4.4.2. Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der CDU-Fraktion - "Sicherheitskonzept ZOB" (Sitzung der Bürgerschaft 26. Januar 2012; Sitzungen Ausschuss für Sicherheit und Ordnung 03. September und 03. Dezember 2012) Vorlage: VO/2013/00843
 - 4.4.3. Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Umweltbericht für das Metallhüttenwerkgelände" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 833) Vorlage: VO/2013/00858
 - 4.4.4. Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Lärmentwicklung der Häfen und Wasserstraßen" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 777) Vorlage: VO/2013/00859
- 5. Zustimmung zu Wahlen / Wiederwahlen**
 - 5.1. Zustimmung zur Wahl / Wiederwahl des Stadtwehrführers, von Ortswehrführern und stellvertretenden Ortswehrführern der Freiwilligen Feuerwehren in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2013/00763
- 6. Anträge**

7. Vorlagen

- 7.1. Schaffung einer LNG-Infrastruktur im Lübecker Hafen zur Betankung von Schiffen
Vorlage: VO/2013/00811

8. Berichte und Antworten

9. Polizeibeirat

10. Neue Anfragen und Verschiedenes

- 10.1. Anfrage Herr Dr. Lengen - Erbpacht/ökologische Bewirtschaftung Stadtgut Falkenhusen
- 10.2. Anfrage Herr Zahn - Taxenordnung / Taxenkonzessionen
- 10.3. Anfrage Frau Wind-Olßon - Personalschlüssel / Aufteilung Stadtteilbüros
- 10.4. Anfrage Frau Wind-Olßon - Rettungsdienst (Sana-Kliniken/UKSH)
- 10.5. Anfrage Frau Menorca - Parken Pflegedienste
- 10.6. Anfrage Herr Müller - Sickerwasser Deponie Niemark
- 10.7. Anfrage Herr Müller - Aufrüstung Fahrzeuge Freiwillige Feuerwehr
- 10.8. Anfrage Frau Metzner - Baumfällungen
- 10.9. Anfrage Herr Zahn - Pausenregelung Ausschusssitzungen
- 10.10. Anfrage Herr Schubert - Kolibakterien

Nichtöffentlicher Teil:

11. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 20.08.2013

12. Mitteilungen

13. Vorlagen

14. Berichte und Antworten

15. Neue Anfragen und Verschiedenes

- 15.1. Anfrage Frau Wind-Olßon - Rettungsdienst (Sana-Kliniken/UKSH)
- 15.2. Anfrage Frau Menorca - Raumlufbelastung Albert-Schweitzer-Schule

Öffentlicher Teil:

16. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Schubert eröffnet die 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, den Polizeibeirat, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Herr Schubert verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO) per Handschlag die bürgerlichen Ausschussmitglieder auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Verpflichtet werden:

Frau Ingrid Stockfisch und Frau Erika Warnck

Herr Schubert stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schubert weist auf einen Fehler in der Vorlage „Zustimmung zur Wahl / Wiederwahl des Stadtwehrführers, von Ortswehrführern und stellvertretenden Ortswehrführern der Freiwilligen Feuerwehren in der Hansestadt Lübeck VO/2013/00763“ (TOP 5.1) hin. Auf dem Deckblatt müsse es „zur Vorberatung“ und nicht „zur Kenntnisnahme“ heißen. Des Weiteren beantragt er das Vorziehen der **TOP 7.1** und **4.4.2** aus Rücksicht auf die eingeladenen Gäste und empfiehlt den **TOP 11**, wie von der Verwaltung empfohlen, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Der Ausschuss beschließt die nichtöffentliche Behandlung der dafür vorgesehenen TOP bei **13** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig.

Der Ausschuss stellt die geänderte Tagesordnung bei **13** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 20.08.2013

Herr Schneider verweist auf die Stellungnahme vom Bereich Recht über den Ablauf der letzten Sitzung. Demnach sei für die Teilnahme des Seniorenbeirats am nichtöffentlichen Teil die Abstimmung des Ausschusses erforderlich.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Zahn merkt an, dass er unter dem TOP 4.2.5 (letzter Absatz) erwähnt habe, dass Betreiber nicht öffentlich benannt bzw. bei Benennung eine Beratung im nichtöffentlichen Teil stattzufinden habe. Er bittet dies zu ergänzen und um künftige Beachtung.

Der Ausschuss stellt die ergänzte Niederschrift bei **14** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 4 **Mitteilungen**

zu 4.1 **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

Es liegt nichts vor.

zu 4.2 **Mitteilungen der Fachbereichsleitung**

zu 4.2.1 **Vorstellung Bereich Feuerwehr**

Herr B ath stellt den Bereich 3.370 – Feuerwehr vor.¹

Herr Zander fragt nach, ob andere Bereiche bei Gefahrstoffproblematiken die Feuerwehr hinzuziehen würden. Herr B ath antwortet, dass es Genehmigungsverfahren gebe, bei denen die Feuerwehr beteiligt werde und evtl. Auflagen erteile und auch überwache. Man sei aber nicht die Genehmigungsbehörde.

Ob bei der neuen Ausbildung zum Notfallsanitäter die alten Rettungssanitäter nachgeschult würden, möchte Herr Müller wissen. Herr B ath bejaht dies, über die Dauer könne aber keine Aussage getroffen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

*Herr Mauritz verlässt die Sitzung gegen 18:15 Uhr.
Es übernimmt Frau Stockfisch.*

zu 4.2.2 **Brand- und Rauchmelder in Containern**

Herr B ath gibt bekannt, dass die in der Anfrage erwähnte Stadtschule Travemünde in den Sommerferien für die Zeit der Deckensanierung in den Klassenräumen auf dem Schulhof Container erhalten habe, in denen der Unterricht fortgesetzt werden könne. Die Aufstellung der Container sei inklusive der Baugenehmigung in einem schnellen Verfahren unter Beteiligung aller zuständigen Bereiche möglich gewesen. Die Containeranlage werde zurzeit noch mit einer Alarmierungsanlage gemäß Abschnitt 9 der Schulbaurichtlinie ausgestattet.

Dies dauere eine gewisse Zeit, da entsprechende Leitungsverlegungen und Anbindungen an die bestehende Alarmierungsanlage des Schulgebäudes erforderlich seien. Auch zu diesem Zeitpunkt sei bereits eine Alarmierung der Schüler in den Containern durch die im Pausenhof installierte Klingel gewährleistet und in den Containern gut zu hören. Ungeachtet dieser Tatsache werde eine zusätzliche Alarmierung mit einer zusätzlichen Handausl osestelle in den Containern installiert. Die angefragte Installation von Rauchmeldern könne von der Brandschutzdienststelle auf Grundlage der abschließenden Regelungen der Schulbaurichtlinie nicht gefordert werden, wenn nicht irgendwelche Abweichungstatbest ande die Schutzziele der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO) in Frage stellen würden. Dies sei hier nicht der Fall und wäre somit eine freiwillige Leistung.

¹ Anlage 1 zur Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat am 17.09.2013. Die Anlage ist im Ratsinformationssystem http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013 abrufbar.

In anderen "Übergangsunterkünften" die nicht über eine Alarmierungseinrichtung gemäß Schulbaurichtlinie verfügen (da eine solche Anbindung an die Alarmierungsanlagen der Bestandgebäude technisch nicht möglich oder unverhältnismäßig ist) habe die Abt. 4 der Feuerwehr in der Vergangenheit Rauchwarnmelder als Kompensation gefordert.

Auch würden alle neu gebauten Kitas mit internen Brandmeldeanlagen bzw. vernetzten Rauchwarnmeldern ausgestattet. Bestehende Einrichtungen würden sich in der Nachrüstung befinden, bzw. würden spätestens im Rahmen einer Brandverhütungsschau durch das Begehungsprotokoll aufgefordert, zur Erhöhung der Sicherheit und Selbstrettung, die Räume mind. mit Rauchwarnmelder gemäß DIN 14676 auszustatten. Da es sich bei den Kitas um unregelmäßige Sonderbauten handle, kann die Brandschutzdienststelle diese Auflagen zur Verbesserung der Schutzziele der LBO ohne Angabe einer weiterführenden Rechtsgrundlage stellen. Dabei sei es bei der Bewertung der Objekte grundsätzlich unerheblich ob die Nutzung ausschließlich ebenerdig sei oder sich in einem mehrgeschossigen Gebäude befinde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.3 Kontrollen auf Privatparkflächen / Abrechnung der Dienstleistung

Herr Ohlow berichtet, dass der Ordnungs- und Verkehrsdienst Kontrollen in Bereichen durchführe, die tatsächlich öffentlich seien und in denen die Straßenverkehrsbehörde Verkehrszeichen nach der StVO angeordnet habe. In der Regel handle es sich dabei um Flächen, die straßenrechtlich gewidmet seien. In Lübeck gebe es aber auch verschiedene Flächen, die nicht gewidmet seien, aber von der Allgemeinheit als Verkehrsfläche genutzt würden. Folgende nicht gewidmeten Flächen seien vom Ordnungs- und Verkehrsdienst im 1. Halbjahr 2013 mehr oder weniger regelmäßig überwacht worden:

- Parkplatz Leuchtenfeld (Eigentümer Kurverwaltung) insgesamt 390 gültige Verwarnungen, das entspricht 2.870 Euro an Verwarnungsgeldern.
- Parkplatz Bastion bzw. Parkplatz Muk (Eigentümer KWL) insgesamt 456 gültige Verwarnungen, das entspricht 3.025,00 Euro an Verwarnungsgeldern.
- Parkplatz Media Docks (Eigentümer KWL) 8 gültige Verwarnungen bis 31.03.13, das entspricht 40,00 Euro an Verwarnungsgeldern. Der Parkplatz wurde danach so gut wie gar nicht überwacht, weil permanent vermietet war.
- Rewe Parkplatz im Gneversdorfer Weg (Eigentümer Privat) 278 gültige Verwarnungen, das entspricht 2.615,00 Euro an Verwarnungsgeldern.
- Aldi Parkplatz Kanalstr. (Eigentümer Privat) insgesamt 343 gültige Verwarnungen (+ 200 Vornotierungen), das entspricht ca. 1.715,00 Euro an Verwarnungsgeldern.
- Parkplatz Schlüsselbuden (Eigentümer bzw. Verwalter KWL) insgesamt 856 gültige Verwarnungen erteilt, das entspricht ca. 9.000,00 Euro an Verwarnungsgeldern.

Bis 31.03.2013 betrug der Verwarnungsgeldsatz 5,00 Euro, danach aufgrund einer Änderung der Bußgeldkatalog-Verordnung je nach Tatbestand 5 - 10 Euro. Da die Überwachung des ruhenden Verkehrs entsprechend der Zuständigkeitsverordnung zum Ordnungswidrigkeitengesetz in die Zuständigkeit der jeweils beauftragten Gemeinden falle, gebe es keine "Abrechnung" mit den jeweiligen Grundstücksverwaltern. Die Einnahmen aus den Verwarnungs- und Bußgeldern würden im städtischen Haushalt verbucht.

Herr Zahn fragt nach, ob die Bescheide rechtens seien. Die StVO gelte im öffentlichen Raum und die Bescheide seien rechtens, erwidert Herr Ohlow.

Auf die Frage von Herrn Müller wer die Genehmigung für Halte- bzw. Parkverbotsschilder erteile antwortet Herr Ohlow, dass dies in der Zuständigkeit des Fachbereichs 5 liege.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.4 Eheschließungen durch Geschäftsführung/oder Vertretung des Kurbetriebs Travemünde

Frau Teege zitiert aus dem Vermerk von Herrn Graf (Kurbetrieb Travemünde) und schlägt vor, diesen der Niederschrift als Anlage beizufügen.²

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Herr Zahn fragt nach, ob auf jeden Fall eine zweite Person zum Eheschließungsstandesbeamten bestellt werden müsse. Frau Teege bejaht dies.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

Es liegt nichts vor, da vor der Sitzung, zzgl. der Ladungsfrist, keine schriftlichen Anfragen eingereicht worden sind.

zu 4.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

zu 4.4.1 Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Fahrradfreundliches Lübeck - Geschwindigkeitskontrolle" (Sitzung der Bürgerschaft 21. März 2013 - VO/2013/00411) Vorlage: VO/2013/00708

Die Bürgerschaft hat zu Nr. VO/ 2013/00411 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig an den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung überwiesen. Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen.

Fahrradfreundliches Lübeck - Geschwindigkeitskontrolle

Der Bürgermeister wird beauftragt, zu berichten, wie durch verstärkte Geschwindigkeitskontrollen des Kfz-Verkehrs die Sicherheit der RadfahrerInnen verbessert werden kann. Insbesondere ist darzulegen,

- ob bzw. an welchen der in „Einrichtung ortsfester Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen zur Reduzierung der Lärmbelastung“ (Bericht Drucksache Nr. 401 aus 2011) vorgeschlagenen Standorten durch eine stationäre Geschwindigkeitsmessanlage (SGMA) die Sicherheit der RadfahrerInnen erhöht werden kann.*
- ob das Kosten-Nutzen-Verhältnis von SGMA das Aufstellen solcher Anlagen in Tempo-30-Zonen rechtfertigt, oder wie sonst – durch Fahrbahnschwellen? – die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit erreicht werden kann.*

² Anlage 2 zur Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat am 17.09.2013. Die Anlage ist im Ratsinformationssystem http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013 abrufbar.

Herr Wolff informiert die Ausschussmitglieder, dass generell die Aussage getroffen werden könne, dass "Geschwindigkeit" als Unfallursache im Zusammenhang mit Unfällen, bei denen Radfahrer beteiligt sind, vernachlässigt werden könne. Wenn überhaupt "Geschwindigkeit" bei einem solchen Unfall eine Rolle spiele, dann sei es in der Regel die "nicht angepasste Geschwindigkeit", also eine zu hohe Geschwindigkeit in einer bestimmten Situation, in der es zu einem Unfall komme. Diese "nicht angepasste Geschwindigkeit" könne aber unterhalb der rechtlich geregelten Höchstgeschwindigkeit der jeweiligen Örtlichkeit liegen (z. B. im Bereich, in dem 30 km/h gefahren werden darf, fährt ein 20 km/h fahrender Pkw-Fahrer einen auf dem begleitenden Radweg fahrenden Radfahrer an, weil er ihn beim Abbiegen übersieht - wäre er langsamer gefahren, hätte er den Radweg besser einsehen können und den Unfall vermeiden können).

In Konsequenz zu der o. a. Aussage sei zu den Fragen folgendes auszuführen:

- *Ortsfeste Anlagen (stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen) dürften keine bzw. nur marginale Auswirkungen auf die Sicherheit der Radfahrer/Innen haben*
- *SGMA in Tempo-30 Zonen dürften ebenfalls lediglich marginale Auswirkungen haben; vielfach überschreiten Fahrzeugführer die zulässige Geschwindigkeit von 30 km/h, die eher regelmäßig in der entsprechenden Tempo-30-Zone fahren - eine ortsfeste Anlage würde vermutlich beachtet, allerdings die Geschwindigkeit nur im direkten Messbereich beeinflussen können. Typische Begleitmaßnahmen bzw. Begleitregelungen zu Tempo-30-Zonen wären z. B. Fahrbahnverengungen, erlaubtes Parken am Fahrbahnrand, Rechts- vor Links-Vorfahrtsregelungen etc.*

Zu den Fragen von Herrn Mauritz aus der letzten Sitzung habe man Statistiken.³ Überhöhte Geschwindigkeit falle demnach als Ursache bei Radfahrerunfällen raus. Wie oben schon erwähnt, komme - mit wenigen Ausnahmen - nur der jeweiligen Situation unangepasste Geschwindigkeit in Frage. Eine Freigabe von Einbahnstraßen für Radfahrer sei sinnvoll, aber nur dort, wo es auch angebracht sei.^{4;5}

Herr Ohlow merkt an, dass die Standorte für die stationären Geschwindigkeitsmessanlagen anhand der Lärmaktionsplanung ausgewählt worden seien. An kleinen Straßen bzw. Tempo 30-Zonen mobile Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen sei der richtige Weg. Es seien in solchen Zonen im Statistikzeitraum 01.01.-31.07.2013 ca. 430 Messungen durchgeführt worden und man habe dabei eine Beanstandungsquote von 12% festgestellt. Im Ergebnis könne festgehalten werden, dass der Großteil der Verkehrsteilnehmer vorschriftsmäßig fahre.

Laut Herrn Fechtel sei die Geschwindigkeit nur ein Problem an Einmündungen, dies ginge auch aus der Polizeistatistik hervor. Unfälle seien eher an den Kreisverkehren zu verzeichnen. Sinnvolle Maßnahme könne hier eine Geschwindigkeitsbegrenzung oder Ampelanlage, wie am Lindenteller, sein. Dort seien schon positive Effekte erzielt worden. Zu den für den Radverkehr freigegebenen Einbahnstraßen merkt er an, dass bis jetzt keine negativen Rückmeldungen eingetroffen seien.

Nachrichtlich gibt Herr Fechtel den Ausschussmitgliedern noch den Kurzbericht „Radverkehrssicherheit und unangepasste Geschwindigkeitswahl“ mit der Niederschrift zur Kenntnis.⁶

³ Anlage 3 zur Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat am 17.09.2013.

⁴ Anlage 4 zur Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat am 17.09.2013.

⁵ Anlage 5 (nachrichtlich Herr Fechtel) zur Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat am 17.09.2013. Die Anlagen sind im Ratsinformationssystem

http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013 abrufbar.

Im Ergebnis könne nach den Ausführungen der Herren Vorredner Wolff (Polizei), Ohlow (Verkehrsangelegenheiten) und Fechtel (Verkehrsplanung) festgehalten werden, dass eine Umsetzung des Antrags der Fraktion Bündnis90/Die Grünen in der vorliegenden Form, für nicht sinnvoll erachtet werde, fasst Herr Schubert die Wortbeiträge zusammen. Herr Möller schlägt vor, die Ausschussberatung der Bürgerschaft als Bericht zum Antrag zur Kenntnis zu geben.

Herr Schubert beantragt, der Bürgerschaft die folgende Empfehlung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auszusprechen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck möge beschließen:

„Die Beratung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat wird als Bericht zur Kenntnis genommen.“

Der Ausschuss stimmt der Empfehlung bei 14 - Ja-Stimmen, 0 - Nein-Stimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Herr Zahn beantragt um 18:45 Uhr eine 15-minütige Sitzungsunterbrechung, welche der Ausschuss einstimmig beschließt. Die Sitzung wird um 19:00 Uhr fortgesetzt.

**zu 4.4.2 Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der CDU-Fraktion - "Sicherheitskonzept ZOB" (Sitzung der Bürgerschaft 26. Januar 2012; Sitzungen Ausschuss für Sicherheit und Ordnung 03. September und 03. Dezember 2012)
Vorlage: VO/2013/00843 (vorgezogen)**

Sitzung der Bürgerschaft am 26. Januar 2012

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 4.9 mit Drs. Nr. 542 den nachstehenden Antrag der CDU-Fraktion mit Mehrheit bei 29 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen abschließend an den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung und Polizeibeirat überwiesen:

Sicherheitskonzept ZOB

Der Bürgermeister wird beauftragt, zusammen mit den zuständigen Gremien aus Verwaltung, Polizei und Verkehrsbetrieben ein Sicherheitskonzept für den ZOB und umliegende Bereiche zu erstellen.

Herr Gronau (Polizei) teilt mit, dass man die Straftaten der letzten drei Jahre statistisch aufbereitet habe. Seien für das erste Jahr noch 566 Straftaten erfasst worden, stieg die Zahl der erfassten Straftaten im zweiten Jahr auf 607; wohingegen im dritten Jahr eine Absenkung auf 459 Straftaten erfasst werden konnte. Die Straftaten setzten sich wie folgt zusammen, wobei Fahrraddiebstähle schwerpunktmäßig auf dem Bahnhofsvorplatz zu verzeichnen seien:

<i>Raub:</i>	5
<i>Gefährliche Körperverletzung:</i>	24
<i>Körperverletzung:</i>	89

⁶ Anlage 6 zur Niederschrift Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung & Polizeibeirat am 17.09.2013. Die Anlage ist im Ratsinformationssystem http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013 abrufbar.

<i>Betäubungsmittel-Delikte:</i>	16
<i>Diebstahl:</i>	98
<i>Fahrraddiebstahl:</i>	88
<i>Sonstige Straftaten:</i>	139

(Sachbeschädigungen, Unterschlagungen sowie Beleidigungs- und Bedrohungsdelikte aber auch Beförderungerschleichungen)

Bedeutsame Rückgänge seien im Bereich der Diebstähle allgemein und der gefährlichen Körperverletzungen sowie der Raubdelikte zu verzeichnen. Ebenfalls rückläufig seien die sonstigen Straftaten. Die positiven Veränderungen der Deliktszahlen stünden nach polizeilicher Bewertung in deutlicher Abhängigkeit zur Entwicklung der „Problemgastronomie“ am ZOB.

So seien über verschiedene, in engem Kontakt abgestimmte Maßnahmen des Bereichs Melde- und Gewerbeangelegenheiten und der Polizei, die sicherheitsrelevanten Betriebszeiten eingeschränkt worden, da Straftaten den Gaststätten zugeordnet worden seien. Eine Gaststätte sei zwischenzeitlich geschlossen und in eine Spielhalle aufgegangen, die andere überarbeite momentan das vorhandene Betriebskonzept und befinde sich im Umbau. Nachts seien keine Alkoholauffälligkeiten mehr zu verzeichnen und der ganze Bereich ZOB polizeilich eher unauffällig.

Ein weiteres Thema seien die Discobusse, vor allem an den Wochenenden, gewesen. So hätten die Jugendlichen verstärkt vor den Abfahrtszeiten Alkohol konsumiert, wobei eher eine Müllproblematik festzustellen gewesen sei. Bei der Rückkehr habe es einige Probleme mit Prügeleien und Sachbeschädigungen gegeben. Mittlerweile seien die Discobusse aber unauffällig, da deren Nutzung stark nachgelassen habe.

Des Weiteren befinde man sich mit dem Bereich Wirtschaft und Liegenschaften hinsichtlich der Verantwortlichkeiten für die städtischen Flächen und Gebäude in Gesprächen, um diese evtl. einzuzäunen. Abschließend sei festzuhalten, dass die Gewaltkriminalität soweit reduziert werden konnte, dass der „normale“ ZOB-Nutzer, ca. 10.000 Personen pro Monat, diesen gefahrlos nutzen könne. Die Attraktivität des Aufenthalts am ZOB (für Randalierer) habe deutlich nachgelassen.

Herr Raasch (SL) bestätigt die Verbesserung der Sicherheitslage am ZOB. Teilweise werde das auch auf die Videoüberwachung am ZOB zurückgeführt. Auf die Videoüberwachung werde gem. Datenschutzgesetz durch Schilder hingewiesen. Ebenso trage die Notrufsäule, die stets videoüberwacht sei, zur Sicherheit bei.

Herr Mauritz fragt nach, ob im Ausschuss einmal jährlich über die Sicherheitslage am ZOB berichtet werden könne und ob es zu einer Verlagerung der Straftaten an einen anderen Ort gekommen sei. Es könne einmal jährlich der Ausschuss über die Sicherheitslage informiert werden, merkt Herr Gronau an. Herr Wolff ergänzt, dass im Bereich Innenstadt eine ähnliche Problematik vorgeherrschte habe. Als Resümee könne aber gezogen werden, dass in allen Bereichen der HL die Straftaten zurückgegangen seien und es generell in der HL keine Schwerpunkte bzw. Auffälligkeiten für gewisse Standorte gebe.

Herr Möller ergänzt, dass man seitens der Polizei mit der Stadt zusammenarbeiten wolle und die Verwaltung ihren Beitrag innerhalb der Möglichkeiten leiste. Es sei auch die Deutsche Bahn (DB) auf Problemfälle angesprochen worden. Nach Aussage der DB gebe es auf deren Flächen ebenfalls keine größeren Auffälligkeiten.

Bezüglich des Verhinderns von Fahrraddiebstählen im Bereich des Bahnhofsvorplatzes, z.B. durch das Aufstellen von Fahrradbügeln, habe man noch keine Lösung erzielt. Er schlägt vor, den Antrag der Fraktion CDU so auszulegen, dass mit einer regelmäßigen Berichterstattung seitens der Polizei und Verwaltung, der Antrag als erledigt betrachtet werde.

An Tankstellen herrsche eine ähnliche Problematik vor, erwähnt Herr Zander. Herr Wolff erwidert, dass Tankstellen ohne Frage ein Treffpunkt seien, jedoch dort keine massiven und überwiegenden Probleme auftreten würden und nicht dauerhaft angesiedelt seien.

Es handle sich um einen Antrag der CDU Fraktion, welcher abschließend in den Ausschuss überwiesen worden sei. Als Vertreter der CDU Fraktion könne er ruhigen Gewissens den Antrag an die Gegebenheiten - dem Vorschlag von Herrn Senator Möller folgend - anpassen und darüber in geänderter Form beschließen lassen, verkündet Herr Mauritz und stellt den folgenden Antrag:

„Seitens der Polizei und Verwaltung wird der Ausschuss einmal jährlich, am Ende des Jahres, über die Sicherheitslage am ZOB in Form eines mündlichen Berichts informiert.“

Herr Zahn bedankt sich für die Arbeit der Polizei, besonders des 2. Polizeireviers HL. Nicht unerwähnt lässt er, dass es sich nicht allein um das Sicherheitsbedürfnis der CDU Fraktion handle, es stünden alle Fraktionen für mehr Sicherheit am ZOB ein. Die CDU habe sich das Sicherheitsbedürfnis nur durch den Antrag zu Eigen gemacht. Den Antrag von Herrn Mauritz werde man mittragen.

Das Sicherheitskonzept ZOB sei in ständiger Umsetzung und Realisierung, fasst Herr Schubert die Diskussion zusammen.

Herr Schubert lässt über den Antrag von Herrn Mauritz abstimmen.

Der Ausschuss beschließt bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß dem Antrag von Herrn Mauritz zu verfahren.

**zu 4.4.3 Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Umweltbericht für das Metallhüttenwerkgelände" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 833)
Vorlage: VO/2013/00858**

Sitzung der Bürgerschaft am 29. August 2013

Die Bürgerschaft hat mit VO 833 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur **abschließenden** Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung sowie den Aufsichtsrat der Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH (GGM) überwiesen:

Umweltbericht für das Metallhüttenwerkgelände

Der Bürgerschaft ist ein aktueller Sachstandsbericht über die Sicker-, Oberflächen- und Grundwasser-Problematik der Altlasten des Metallhüttengeländes - insbesondere im Hinblick auf den Schutz des Grundwassers und der Trave bis spätestens Januar 2014 vorzulegen.

Insbesondere ist darzulegen, ob, bzw. wie viel, Wasser aus dem durch eine geschlossene Oberflächendichtung und geschlossene seitliche Dichtwände gesicherten "Trog" des ehemaligen Betriebsgeländes abgepumpt wird.

Außerdem ist zu dokumentieren, ob, und wenn ja wie hoch, das abgepumpte Wasser schadstoffbelastet ist.

Herr Möller schlägt die Vertagung vor, da sich die zuständige Sachbearbeiterin für dieses Thema zurzeit im Urlaub befinde. Herr Schubert beantragt die Vertagung.

Der Ausschuss stimmt der Vertagung bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

**zu 4.4.4 Überweisung aus der Bürgerschaft Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - "Lärmentwicklung der Häfen und Wasserstraßen" Sitzung der Bürgerschaft 29. August 2013 (VO 777)
Vorlage: VO/2013/00859**

Sitzung der Bürgerschaft am 29. August 2013

Die Bürgerschaft hat mit VO 777 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur **abschließenden** Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:

Lärmentwicklung der Häfen und Wasserstraßen

Der Bürgermeister wird beauftragt, Lärmdaten der Lübecker Häfen und des Schiffsverkehrs auf den Bundesgewässern im Stadtgebiet von den zuständigen Bundes- und Landesbehörden anzufordern und sie dem Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung sowie dem Lärminderungsbeirat vorzulegen. Neben den zuletzt ermittelten Lärmdaten sollen auch Daten aus vorangegangenen Messungen beigefügt werden, um Lärmentwicklungen erkennbar zu machen. Es wird ferner darum gebeten, gegebenenfalls vorhandene Bundes- und Landes-Konzepte zur Hafен- und Schiffsärminderung den genannten Gremien vorzulegen.

Ziel des Antrags sei es, alle Daten möglichst geschlossen und aufbereitet zu erhalten, erklärt Frau Mählenhoff.

Frau Hartmann erläutert, dass die Zuständigkeit eher beim Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) zu suchen sei. Es gebe Daten, Gutachten und umfangreiche Werke, die Adressen und weitere Informationen könne man nachrichtlich der Niederschrift beifügen.

Herr Schubert beantragt, die Niederschrift abzuwarten und dann erneut über die Überweisung zu beraten.

Der Ausschuss beschließt bei 14 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig, so zu verfahren.

Nachrichtlich den Ausschussmitgliedern zur Kenntnisnahme:

"Es liegen im Rahmen der Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie aktuelle Lärmkarten der Hafenanlagen vor, die im Internet unter folgendem Link auf der Seite des Landes Schleswig-Holstein veröffentlicht sind:

http://www.umweltdaten.landsh.de/public/umgebungslaerm/dbscript/la_gemeinde.php?sgkz=01003000&smode=w

Es wurden folgende Häfen und Hafенflächen betrachtet:

Skandinavienkai

- Nordgetreide GmbH & Co.KG

Seelandkai	- Vorwerker Hafen (einschl. Nordlandkai)
Konstinkai (Brüngen)	-ATR Landhandel
Lehmannkai I bis III	- Lagerhaus Lübeck (Dr.Pleines GmbH&Co.KG)
Schlutupkai I (Hans Burmann e.k.)	- LMG
Schlutupkai II	- Stadthäfen (Abschnitt Roddenkoppelkai)

Hinweis: Die Lärmkarten wurden von einem Gutachterbüro auf Grundlage vorhandener Planfeststellungsverfahren und Gutachten, die das LLUR zur Verfügung gestellt hat, erstellt. Der Lärm, der von den Schiffen selbst ausgeht, wird in diesen Lärmkarten jedoch nicht erfasst.

- *Für die Emissionen von Schiffen ist (sobald die Schiffe einige Meter von der Mole entfernt sind und sich auf einer Bundeswasserstraße befinden) die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) zuständig. Sofern sich die Schiffe jedoch an die Verkehrsregeln halten, hat auch der WSV kaum Handlungsspielraum.*
- *Für die Überwachung der Hafenanlagen (hierzu zählen auch Be- und Entladevorgänge) ist das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) zuständig. Eine Nachfrage bei einem Mitarbeiter des LLUR in Flintbek ergab, dass dort keine Bundes- und Landeskonzepte zur Hafen- und Schiffsärminderung bekannt sind.*
- *Inwiefern „freiwillige“ Lärmschutzmaßnahmen möglich sind, müsste mit den jeweiligen Hafenbetreibern besprochen werden.*
- *Des Weiteren sei ergänzt, dass bei Schiffen, die im Hafen liegen, neben den Be- und Entladevorgängen auch der Betrieb der Lüftungsanlagen und Hilfsdiesel manchmal Anlass für Lärmbeschwerden geben. Es obliegt in der Regel aber nur dem Kapitän des jeweiligen Schiffes, über den Betrieb zu entscheiden...*

Von Seiten des Bereichs Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz (UNV) könnten die aktuellen Lärmkarten zur Verfügung gestellt werden. Generell aber habe der Bereich UNV und auch die Hansestadt Lübeck keinerlei Einwirkungsmöglichkeiten bei dieser Thematik. Daher sollte diese Problematik (Schiffsverkehr) auf Bundes- bzw. wahrscheinlich besser auf EU-Ebene von Seiten der Politik angegangen werden.“

zu 5 Zustimmung zu Wahlen / Wiederwahlen

zu 5.1 Zustimmung zur Wahl / Wiederwahl des Stadtwehrführers, von Ortswehrführern und stellvertretenden Ortswehrführern der Freiwilligen Feuerwehren in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2013/00763

Der Wahl / Wiederwahl folgender Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren zum Stadtwehrführer, zu Ortswehrführern bzw. stellvertretenden Ortswehrführern wird gem. § 11 Abs. 3 BrSchG zugestimmt:

Zum Stadtwehrführer:

Detlef Radtke

Freiwillige Feuerwehr Israelsdorf (Wiederwahl)

Zu Ortswehrführern:

<i>Andre Lehwald</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Padelügge/Buntekuh (Wiederwahl)</i>
<i>Christian Kröger</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Schlutup (Wiederwahl)</i>
<i>Benjamin Peters</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Siems (Wiederwahl)</i>
<i>Christian Grusewski</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Dänischburg (Wiederwahl)</i>
<i>Marco Richter</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Dummersdorf (Wiederwahl)</i>
<i>Rolf Gaden</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Krummesse (Neuwahl)</i>
<i>Michael Schröter</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Innenstadt (Neuwahl)</i>
<i>Marius Köpp</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Genin (Neuwahl)</i>
<i>Torsten Ott</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Vorwerk (Neuwahl)</i>
<i>Jürgen Langer</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Moorgarten (Neuwahl)</i>

Zu stellvertretenden Ortswehrführern:

<i>Claus Krage</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Dummersdorf (Wiederwahl)</i>
<i>Roland Möller</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Krummesse (Neuwahl)</i>
<i>Andre Waller</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Innenstadt (Neuwahl)</i>
<i>Oliver Ahnfeldt</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Büssau (Neuwahl)</i>
<i>Kim-Christian Wulf</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Moorgarten (Neuwahl)</i>
<i>Tobias Pupp</i>	<i>Freiwillige Feuerwehr Genin (Neuwahl)</i>

Herr Schubert lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei **14** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 6 Anträge

Es liegt nichts vor.

zu 7 Vorlagen

zu 7.1 Schaffung einer LNG-Infrastruktur im Lübecker Hafen zur Betankung von Schiffen Vorlage: VO/2013/00811 (vorgezogen)

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Genehmigungsplanung für ein Small Scale LNG-Terminal im Lübecker Hafen zu erstellen und eine Anlagengenehmigung zum Bau und Betrieb gem. BImSchG zu beantragen.

Herr Wiese stellt die Vorlage näher vor und informiert detailliert über die Hintergründe.

Herr Möller nimmt Bezug auf die Seite 9 von 14 (Abb. 5) und fragt nach, ob mit einer Abarbeitung der Problematik (Nähe zum Naturschutzgebiet - NSG) im weiteren Genehmigungsverfahren zu rechnen sei. Die Anlage liege nicht im NSG, antwortet Herr Wiese. Insgesamt handle es sich bei der Maßnahme um einen Eingriff, dafür werde aber auch ein Ausgleich im weiteren Genehmigungsverfahren vorgesehen, antwortet Herr Wiese.

Für Herrn Zahn sei das Vorgehen der Hansestadt Lübeck (HL) der richtige Weg und er begrüße diesen Beitrag zur Umweltentlastung.

Herr Schubert fragt nach, welche Verfahren für die Standortsuche zum Tragen kämen. Worauf Herr Wiese antwortet, dass die Standortsuche auf freiwilliger Basis geschehe und es dafür keine Norm gebe. Es seien für die Standortsuche Kriterien gebildet (Anlage 4 der Vorlage) und danach der optimale Standort ermittelt worden. Im weiteren Verfahren finde das Bundes-Immissionsschutzgesetz Anwendung.

Grundsätzlich erachte Herr Müller die Planungen als sinnvoll. Wie man bei der derzeitigen Haushaltslage die ca. 350.000 € Planungsmittel für die Planungs- und Genehmigungsphase realisieren wolle, bliebe aber fraglich, führt er weiter aus. Weiterhin fragt er nach, ob Rostock ebenfalls eine Anlage plane und Scandlines auf „Liquefied Natural Gas“ (LNG) umrüste. Herr Wiese erinnert an die Thematik „Landstrom“. Da sei die HL auch nicht in Vorleistung getreten. Eventuell könne die Tankanlage über den Betreiber refinanziert werden. Langfristig werde es aber keine alternative zum Einsatz von LNG geben. Man müsse für die Zukunft gerüstet sein und den Planungsprozess anstoßen. Andere Häfen hielten sich momentan mit Informationen über eine Bereitstellung von LNG zurück, um evtl. einen Standortvorteil zu nutzen. Scandlines wolle auf LNG umrüsten, es befinde sich aber noch kein Schiff im Bau.

Frau Mählenhoff erscheint gegen 16:30 Uhr zur Sitzung.

Laut der Vorlage lohne sich der Einsatz der „Scrubber-Technologie“ nicht, so Frau Metzner. Diese Aussage sei ihr zu pauschal und einseitig, führt sie weiter aus. Herr Wiese entgegnet, dass die „Scrubber-Technologie“ Modellversuche seien. Der Reeder müsse selbst entscheiden, ob sich eine Investition von ca. 5 Mio Euro für ihn lohne. Je älter das Schiff, umso weniger lohne sich der Einsatz dieser Technologie. Die Aussagen zu der Technologie habe man aber aus Fachzeitschriften und aus Gesprächen mit den Reedern und nicht selbst formuliert.

Herr Schubert fragt nach, weshalb die Befüllung der Anlage über die Landseite mittels Bahn-Kesselwagen nur optional aufgenommen worden sei. Außerdem sei die Böschung am geplanten Anleger 8/8a auf besondere Art und Weise angelegt worden und wahrscheinlich ökologisch wertvoll. Herr Wiese bestreitet nicht, dass die Böschung ökologisch wertvoll sein könnte. Durch eine Bestandaufnahme solle aber erstmal der Ist-Zustand festgestellt werden. Der ebenfalls favorisierte Standort Lehmannkai stehe aufgrund der hafenstrategischen Planungen der Firma Lehmann KG nicht zur Verfügung. Bahn-Kesselwagen seien zurzeit nicht für den LNG-Transport zugelassen, wogegen es für LKW eine Zulassung gebe, führt er weiter aus.

Herr Martens hätte sich noch eine Lagekarte gewünscht, auf der der Standort des Terminals ersichtlich sei. Ansonsten bewerte er die Maßnahme als sehr positiv. Herr Wiese gibt zu, dass eine Lagekarte durchaus sinnvoll gewesen wäre. Der Terminal würde sich dann am letzten Anleger befinden, fügt er hinzu.

Es werde zu sehr ins Detail gegangen und dafür sei es noch zu früh, merkt Herr Zahn an. Man wisse in welche Richtung es gehen würde und könne nun über diese Vorlage abstimmen.

Herr Schubert fragt nach, ob bei einer Zustimmung dem Anleger 8 zugestimmt werde oder der Standort noch offen wäre. Herr Wiese merkt an, dass man sich im weiteren Verfahren bei Unzulänglichkeiten erneut Gedanken machen müsse. Bei einem Beschluss werde dem Beschlussvorschlag gefolgt und nicht der Begründung, erwidert Herr Möller.

Ob die Kosten schon für den nächsten Haushalt geplant seien, fragt Frau Menorca nach. Das Budget werde eingeplant und stehe dann mit Beschluss der Bürgerschaft für den neuen Haushalt zur Verfügung, antwortet Herr Wiese.

Herr Mauritz beantragt um 16:55 Uhr eine 10-Minütige Unterbrechung für eine Beratung innerhalb der Fraktionen, welche der Ausschuss einstimmig beschließt. Die Sitzung wird um 17:05 Uhr fortgesetzt.

Herr Mauritz merkt an, dass die Beantwortung der Frage von Herrn Müller über die Kostenübernahme durch evtl. Investoren schon sinnvoll sei.

Herr Schubert beantragt den Beschlussvorschlag um den folgenden Satz zu ergänzen:

„Im Falle einer LNG-Betankungsanlage am Standort Skandinavienkai sollen weitere Möglichkeiten an diesem Standort in Betracht gezogen werden, um einen Eingriff in die Böschung Dummersdorfer Ufer zu vermeiden.“

Herr Wiese merkt an, dass die Ergänzung so nicht umsetzbar sei. Bei dieser Fläche gebe es keine Ausweichmöglichkeiten. Frau Wind-Olsson und Herr Müller fügen hinzu, dass eine Handlungsempfehlung zum weiteren Vorgehen vorliege. Außerdem seien Ausschlusskriterien festgelegt worden und in der Genehmigungsplanung werde darauf sicherlich Rücksicht genommen.

Herr Schubert lässt über die Ergänzung des Beschlussvorschlags abstimmen.

Der Ausschuss lehnt die Ergänzung des Beschlussvorschlags bei 3 - Jastimmen, 11 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

Herr Schubert lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 11 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 3 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 8 Berichte und Antworten

Es liegt nichts vor.

zu 9 Polizeibeirat

Es liegt nichts vor.

zu 10 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 10.1 Anfrage Herr Dr. Lengen - Erbpacht/ökologische Bewirtschaftung Stadtgut Falkenhusen

Herr Dr. Lengen fragt nach, wie die derzeitige Erbpachtsituation bezüglich des Stadtgutes Falkenhusen sei (unter anderem solle dabei auch auf die Länge der Laufzeit eingegangen werden) und wie sich die Stadtverwaltung die weitere ökologische Bewirtschaftung des Gutes Falkenhusen vorstelle.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 10.2 Anfrage Herr Zahn - Taxenordnung / Taxenkonzessionen

Herr Zahn möchte zu einer der nächsten Sitzungen vom Bereich Verkehrsangelegenheiten Informationen zur Taxenordnung, zu Taxenkonzessionen, zu Kontrollen und zum Auftreten von Taxifahrern erhalten. Herr Möller merkt an, dass Kontrollen von der Polizei, dem Zoll und dem Ordnungsdienst durchgeführt würden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 10.3 Anfrage Frau Wind-Olßon - Personalschlüssel / Aufteilung Stadtteilbüros

Die Briefwahl sei in den Stadtteilbüros nicht möglich, merkt Frau Wind-Olßon an. Sie möchte zu einer der nächsten Sitzungen vom Bereich Melde- und Gewerbeangelegenheiten den Personalschlüssel der Stadtteilbüros und die Aufteilung des Personals auf dieselben dargelegt bekommen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 10.4 Anfrage Frau Wind-Olßon - Rettungsdienst (Sana-Kliniken/UKSH)

Frau Wind-Olßon sei bekannt geworden, dass der städtische Rettungsdienst bei Schlaganfallpatienten die Sana-Kliniken nicht anfahren, sondern auf das UKSH ausweichen solle. Des Weiteren seien ihrer Information zufolge die Noteinsatzfahrzeuge (NEF) nur mit UKSH-Ärzten besetzt.

Herr Möller teilt mit, dass von den Sana-Kliniken eine „Stroke Unit“ (spezielle Organisationseinheit innerhalb eines Krankenhauses zur Erstbehandlung von Schlaganfallpatienten) eingerichtet worden sei. Nach Aussage der Sana-Kliniken sei es nun dem Rettungsdienst der Hansestadt Lübeck möglich, Patienten mit neurologischen Krankheitsbildern, insbesondere auch Schlaganfallpatienten, zur Versorgung in die Sana-Kliniken zu bringen. Dieses Angebot werde zurzeit überprüft. Herr Bäth ergänzt, dass das erste NEF mit UKSH-Ärzten und das zweite NEF im Wechsel mit UKSH- und Sana-Ärzten besetzt sein würde. Das wäre die derzeitige Vertragslage.

Die eigenen Interessen der Sana-Kliniken über die Politik und den Ausschuss durchsetzen zu wollen, sei nicht der richtige Weg, erklärt Herr Zahn und fügt hinzu, dass sich die Sana-Kliniken an die zuständigen Stellen wenden sollten.

Herr Möller schlägt vor, das Thema im nichtöffentlichen Teil weiter zu beraten. Der Ausschuss ist einverstanden. Siehe TOP 15.1.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10.5 Anfrage Frau Menorca - Parken Pflegedienste

Für Frau Menorca sei die Parkplatzsituation für Pflegedienste nicht zufriedenstellend. Diese müssten sich teilweise einen vom Patienten weit entfernten Parkplatz suchen. Das hätte auch Auswirkungen auf den Service für die Pflegebedürftigen. Für einige Pflegedienste würde eine Pauschale pro Fahrzeug fürs Parken erhoben, die im Ergebnis von den Anbietern zusätzlich erwirtschaftet werden müssten. Sie fragt nach, ob es dafür Lösungsmöglichkeiten gebe. Sonderrechte gebe es nur für Einsatzfahrzeuge, merkt Herr Möller an. Es werde mit der Straßenverkehrsbehörde Kontakt aufgenommen, um Möglichkeiten der Erleichterung (Zufahrtsgenehmigungen, Gebührenentlastungen) zu erörtern.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 10.6 Anfrage Herr Müller - Sickerwasser Deponie Niemark

Im Sickerwasser der Deponie Niemark sei eine Schadstoffbelastung festgestellt worden, berichtet Herr Müller und fragt, ob es dazu Informationen gebe. Herr Möller verweist auf die Sitzung des Werkausschusses vom 12.09.2013, wo dieses Thema ebenfalls behandelt worden sei. In dem Regelgutachten zur „Wassersituation auf der Deponie Niemark“ sei eine Abweichung in den Messparametern festgestellt und diesbezüglich ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben worden. Es solle vorerst dieses Gutachten mit den Ergebnissen abgewartet werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10.7 Anfrage Herr Müller - Aufrüstung Fahrzeuge Freiwillige Feuerwehr

Die Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr (FF) würden durch die Werkstatt der Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) aufrüstet, erwähnt Herr Müller. Er möchte wissen, ob dadurch Einsparungen zu verzeichnen seien.

Es handle sich um eine sogenannte Inhouse-Kooperation zwischen den EBL und der Feuerwehr in der HL. Die Nutzungsdauer der Fahrzeuge solle möglichst kostengünstig verlängert und der Lübecker Haushalt geschont werden. Der städtische Investitions-Haushalt werde so entlastet. Man rechne mit einer durchschnittlichen jährlichen Einsparung von ca. 130.000 Euro, antwortet Herr Möller. Bei einer Ausschreibung wäre die enge Abstimmung mit den FF über die gewünschte Ausstattung nicht immer möglich gewesen. Dies hätte noch mehr gegolten, wenn die Aufarbeitung aller Unimog-TLF als Paket europaweit hätte ausgeschrieben werden müssen, fügt er hinzu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10.8 Anfrage Frau Metzner - Baumfällungen

Frau Metzner legt dem Vorsitzenden eine schriftliche Anfrage bezüglich Baumfällungen/Baumstümpfen in der Hochofenstraße vor. Herr Schneider sagt zu, die Anfrage an den zuständigen Bereich mit der Bitte um Beantwortung weiterzuleiten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10.9 Anfrage Herr Zahn - Pausenregelung Ausschusssitzungen

Herr Zahn fragt, ob für die kommenden Ausschusssitzungen nicht generell eine Pause nach zwei Stunden eingeführt werden könne.

Der Ausschuss stimmt der Einführung einer generellen Pause nach zwei Stunden für die kommenden Sitzungen einstimmig zu.

zu 10.10 Anfrage Herr Schubert - Kolibakterien

Herr Schubert habe gehört, dass Kolibakterien festgestellt worden seien und wer dafür zuständig sei. Frau Hartmann antwortet, dass für das Trinkwassernetz die Stadtwerke zuständig seien. Man sei aber Ordnungsbehörde und werde bei Schutzmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung involviert. Der Fall sei erledigt. Es habe sich um eine ganz geringe Menge, eventuell um den Urin eines Tieres, gehandelt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Schubert stellt gegen 19:30 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

zu 16 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Schubert stellt gegen 20:03 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden sind. Herr Schubert schließt die Sitzung um ca. 20:05 Uhr.

Lübeck, den 27. September 2013

Hans-Jürgen Schubert
Vorsitzender

Maik Schneider
Protokollführung